Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3377

Fragen für die Fragestunden

der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. April 1972

am Donnerstag, dem 27. April 1972

am Freitag, dem 28. April 1972

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	13, 16 *)
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen	4, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8, 20 *)
Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	9, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen	23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	12, 23*)

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1, Buisdorf, Tel. (02241) * 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (02229) 6 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Niegel**

Ist die Bundesregierung wie Parlamentarischer Staatssekretär Herold der Meinung, daß das Zonenrandgebiet und damit das gesamte östliche Oberfranken von den Ostverträgen am meisten profitieren werde (Bayerische Rundschau 12. April 1972), und mit welchen Fakten kann sie dies im einzelnen begründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**

Was gedenkt die Bundesregierung zu einer besseren Sicherung des Gegendarstellungsrechts zu unternehmen, nachdem in zunehmendem Maße Presseorgane Gegendarstellungen dadurch zu unterlaufen suchen, indem sie Gegendarstellungen aus formalen Gründen ablehnen und Teile der Gegendarstellungen in eigene Berichte einarbeiten?

3. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)**

Sieht die Bundesregierung im Interesse der weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und zivilen Hilfsdiensten auf der einen Seite sowie der Bundeswehr auf der anderen Seite die Möglichkeit, während der Hauptreisezeit in verstärktem Umfang an Hauptverkehrsadern Hubschrauber- und Sanitätseinsätze zu leisten?

4. Abgeordneter **Freiherr Ostman von der Leye**

Nachdem die Bundesregierung exakte Zahlen über die Mitglieder der DKP und ihrer Jugend- und Studentenorganisationen im öffentlichen Dienst mitgeteilt hat, bitte ich um Auskunft, wie viele Angehörige der NPD und ihrer Jugend- und Studentenorganisationen und wie viele Mitglieder anderer rechtsradikaler Organisationen im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und der Gemeinden beschäftigt sind?

5. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Hat die Bundesregierung Unterlagen darüber, wieweit durch den sehr hohen Phosphatgehalt der insbesondere in den Haushalten verwendeten Waschmittel die Gefährdung sowohl des Grundwassers als auch der Flüsse und Seen in den letzten Jahren angestiegen ist?

6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen des Umweltschutzes darauf hinzuwirken, daß der Phosphatgehalt bei Waschmitteln in Zukunft auf 50% des bisherigen Phosphatgehalts abgesenkt wird?

7. Abgeordneter **Metzger**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Maßnahmen des Olympischen Organisationskomitees in München, zur Einsparung von 100 000 DM den Vortragsdienst über die Olympischen Spiele einzustellen, obwohl nach einer Mitteilung des Olympia-Werbechefs Otto Haas in der vergangenen Woche allein 200 Vortragswünsche von der Bundeswehr vorlagen?

8. Abgeordneter **Metzger**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Hinblick auf die Brutto-Gesamtkosten der Olympischen Spiele von 1972 Millionen DM und im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit die Maßnahme des Olympischen Komitees wenig überzeugend und rückgängig zu machen ist, zumal bei den Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland und im Bereich der Bundeswehr ein besonders großes Interesse an sachgerechter Information über die Olympischen Spiele 1972 besteht?

9. Abgeordneter **Walkhoff**

Beabsichtigt die Bundesregierung, für den Fall wirksame Maßnahmen zu treffen, daß militante neonazistische europäische Gruppen zur gewaltsamen Störung der Olympischen Spiele in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen gedenken?

10. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Gewässerzustand der Werra und Weser zu verbessern, insbesondere die den Fischbestand gefährdende Versalzung durch Abwässer des Kalibergbaus zu verhindern?

11. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Ist die Bundesregierung bereit, mit den zuständigen Stellen die DDR-Verhandlungen aufzunehmen, um auch dort Schutzmaßnahmen im Kalibergbau zu erreichen?

12. Abgeordneter **Dr. Schneider (Nürnberg)**

Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Deutschen Städtetag vorgelegten „Negativkatalog der zivilen Verteidigung" vom 27. März 1972, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

13. Abgeordneter **Weigl**

Bis wann kann mit der Schließung der Lücke von Grenzschutzstandorten in Ostbayern, im besonderen in der nördlichen Oberpfalz, gerechnet werden?

14. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)**

Bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Besoldung für Hochschullehrer und Fachhochschullehrer vorzulegen?

15. Abgeordneter **Freiherr von Fircks**

Kann die Bundesregierung angeben, aus welchen Gründen in dem Bericht des Bundesministers des Innern nach § 4 des 21. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (Drucksache VI/3300) bis zum Ablauf der Antragsfristen eine Verdoppelung des Antragseingangs nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz im Verhältnis zum bisherigen Jahresdurchschnitt unterstellt wird, eine Ablehnungsquote von 18,9% allein im Feststellungsverfahren zugrundegelegt wird, obwohl der vergleichbare v. H.-Satz der Ablehnungen nach dem Feststellungsgesetz bei 23,7% liegt?

16. Abgeordneter **Freiherr von Fircks**

Kann die Bundesregierung außerdem angeben, aus welchen Gründen in dem Bericht des Bundesministers des Innern nach § 4 des 21. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (Drucksache VI/3300) ein durchschnittlicher Grundbetrag von rund 6400 DM errechnet wird, während der vergleichbare Durchschnittsbetrag bei Vertreibungsschäden zur Zeit 4839 DM beträgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

17. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**

Über welche regionalpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumente verfügt die Bundesregierung, um in Gebieten mit plötzlich auftretender Arbeitslosigkeit außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" Arbeitsplätze zu sichern bzw. neuzuschaffen?

18. Abgeordneter **Dasch**

Ist die Bundesregierung bereit, der deutschen Aluminiumindustrie durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. Erlaß der Mehrwertsteuer, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und damit die währungsbedingten Mindererlöse beim Aluminiumverkauf wenigstens teilweise auszugleichen?

19. Abgeordneter **Gewandt**

Ist die Bundesregierung bereit, die preissteigernden Auswirkungen der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Lohnsteuer dadurch zu vermindern, daß sie durch eine Änderung des 624 DM-Gesetzes neben der geltenden Sparförderung eine zusätzliche Sparzulage dann gewährt, wenn der zurückgezahlte Konjunkturzuschlag sofort vermögenswirksam angelegt wird?

20. Abgeordneter **Wolfram**

Ist die in der Anzeige Nummer 8 der Anzeigenkampagne der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e. V. geäußerte Verunsicherung und Befürchtung einer Abtötung der Leistung in den Hearings zur Steuerreform auch offiziell vorgetragen worden, und welche Argumente hat die Bundesregierung dem entgegengebracht?

21. Abgeordneter **Wolfram**

Ist die Bundesregierung in der Lage, durch Zahlenangaben die Behauptung der in Frage 20 angeführten Anzeige zu widerlegen, daß die Steuermehreinnahmen ausschließlich aus der gestiegenen Leistung der Wirtschaft (gemeint sind vermutlich die gestiegenen Gewinne der Unternehmen) getragen worden sind?

22. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige blinde Tankstellenunternehmer durch mißbräuchliche Anwendung des Blindenprivilegs bei der Berechnung der Mehrwertsteuer laut § 4 Nr. 19 des Umsatzsteuergesetzes mit Hilfe des Einsatzes von Agenten große Tankstellennetze aufbauen, um dadurch vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte erhebliche finanzielle Vorteile zu erlangen?

23. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung weiter bekannt, daß dieser steuerliche Mißbrauch, wenn auch regional unterschiedlich, bereits zu erheblichen wettbewerblichen Benachteiligungen im Tankstellengewerbe geführt hat, und ist von der Bundesregierung zu erwarten, daß eine erforderliche Gesetzesänderung die Belange derjenigen Blinden, welche die Umsatzsteuerbefreiung nicht mißbräuchlich benutzen, sondern den ihnen zugestandenen Steuervorteil als angemessenen Ausgleich für ihre Körperbehinderung betrachten, auch entsprechend berücksichtigen wird?

24. Abgeordnete **Frau von Bothmer**

Trifft es zu (siehe Süddeutsche Zeitung vom 23. März 1972), daß deutsche Investitionen in Gebieten wie Namibia, Angola, Mozambique und Südrhodesien durch das Entwicklungshilfe-Steuergesetz gefördert werden?

25. Abgeordneter **Weigl**

Ist es richtig, daß durch das Vorziehen des Stichtags der betriebsfähigen Herrichtung von Brennereien für die Brennrechtsveranlagung 1972/1973 eine Lex-Niedersachsen geschaffen wird, das heißt, die Neuerrichtung von über dreißig Brennereien in Niedersachsen bei einer gleichzeitigen Benachteiligung der Landwirtschaft in anderen Bundesländern legalisiert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter **Biehle**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführungen von Präsident Mansholt anläßlich seiner Pressekonferenz, wie sie im Nachrichtenspiegel des Bundespresseamtes vom 28. März 1972 auszugsweise wiedergegeben wurden, und bei der Mansholt angekündigt hat, daß es im nächsten Jahr für die Bauern keine Preiserhöhungen geben werde, weil die Agrarpreise in den vier neuen EWG-Ländern innerhalb von sechs Jahren an die Gemeinschaft angeglichen werden müssen und diese Länder bereits Preissteigerungen bis zu 25% zu verkraften hätten?

27. Abgeordneter **Biehle**

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß angesichts des hohen Nachholbedarfs auch in der Preisgestaltung der deutschen Landwirtschaft hier andere Maßstäbe anzulegen sind, oder sind bei den Brüsseler Agrarverhandlungen durch den Vertreter der Bundesregierung etwaige andere Vereinbarungen getroffen worden?

28. Abgeordneter **Niegel**

Hält die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Aussagen Mansholts in seiner Pressekonferenz (Ausschluß von Agrarpreiserhöhungen für 1973) die jüngsten Agrarpreisbeschlüsse für dieses Jahr zum Ausgleich des Einkommensrückstands der Landwirtschaft für ausreichend, und wie gedenkt sie einen Einkommensrückstand der Landwirtschaft im Jahre 1973 auszugleichen?

29. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Trifft es zu, daß das aus Bauernwäldern stammende Industrieholz gegenwärtig praktisch unverkäuflich ist, während der Bedarf der einschlägigen Industrie zur Hälfte durch Einfuhren, insbesondere in Form von Halbfertigprodukten, gedeckt wird?

30. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Beseitigung dieses Mißstandes zu ergreifen?

31. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die beim Schutz der Vorratsgüter, die der menschlichen Ernährung dienen (Getreide, Getreideprodukte, Hülsenfrüchte usw.), sich ergebenden Probleme vom Institut für Vorratsschutz der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, das nur zwei Wissenschaftler hat, nicht ausreichend verfolgt werden können, obwohl diesem Schutz — wegen des Umfangs der Vorratshaltung — eine eminente volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt?

32. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, den Ausbau des Instituts für Vorratsschutz, dessen personelle Ausstattung nach der Meinung des bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft gebildeten Beirats in einem „katastrophalen Mißverhältnis" zu dem Umfang der Aufgaben steht, vorrangig vorzunehmen und sicherzustellen, daß bisher angewandte ernährungshygienisch bedenkliche Bekämpfungsverfahren gegen Schädlinge in Nahrungsmitteln durch toxikologisch günstiger zu beurteilende Verfahren ersetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter **Ziegler**

Was hat die Bundesregierung bewogen, in der vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung veröffentlichten dritten Ausgabe der „Zwischenbilanz" über die Sozialpolitik in der laufenden Legislaturperiode den noch in der zweiten Ausgabe enthaltenen Hinweis zu streichen, daß das Erste Anpassungsgesetz im Bundesversorgungsrecht „vom Deutschen Bundestag noch ausgebaut wurde"?

34. Abgeordneter **Ziegler**

Durch welche Maßnahmen hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die in der zweiten Ausgabe der „Zwischenbilanz" enthaltene und in der dritten Ausgabe nicht mehr enthaltene folgende Zusage erfüllt: „Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird weitere Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten prüfen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Gesundheitsvorsorge erarbeiten"?

35. Abgeordneter **Dr. Schneider (Nürnberg)**

Wie hoch ist die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Gastarbeiter, und wie viele sind davon illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?

36. Abgeordneter **Varelmann**

In welchem relativen Zahlenverhältnis stehen die Heilverfahren der Rentenversicherung in den Großstädten und in den ländlichen Gebieten zueinander?

37. Abgeordneter **Varelmann**

Ist die Zahl der Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens in der Rentenversicherung aus den Großbetrieben wesentlich höher als aus den kleineren Betrieben?

38. Abgeordneter **Pieroth**

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Erläuterung auf den Überweisungsformularen der Deutschen Bundespost für die Rückerstattung der Rentenkrankenversicherungsbeiträge der Jahre 1968/1969 eine Information ist, die den Rentnern den falschen Eindruck vermittelt, daß alle im Jahre 1968/1969 entrichteten Krankenversicherungsbeiträge zur Auszahlung kommen, während beispielsweise Rentner, deren Ehegatten inzwischen verstorben sind, nur einen wesentlich geringeren Betrag als den seinerzeit entrichteten zurückerstattet bekommen?

39. Abgeordneter **Wawrzik**

Ist die Bundesregierung bereit, den Aufgabenkatalog des § 407 RVO um die Errichtung und Betreibung von EDV-Rechenzentren zu erweitern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

40. Abgeordneter **Würtz**

In welchem Umfang sollen die Schwimmhallen, die von der Bundeswehr auf Grund der Ankündigungen in den Weißbüchern 1970 und 1971/1972 inzwischen gebaut wurden, von den Einheiten der Bundeswehr genutzt werden?

41. Abgeordneter **Würtz**

Werden diese Schwimmhallen auch außerhalb der Dienstzeit zur Nutzung freigegeben, und steht entsprechend qualifiziertes Personal (Vergütung) zur Verfügung?

42. Abgeordneter **Dr. Gölter**

Treffen Pressemitteilungen zu, nach denen die Bundesregierung für das sogenannte Dokumentarspiel über den Mord von Lebach dem Zweiten Deutschen Fernsehen kostenlos eine Kompanie Fallschirmjäger und eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei zur Verfügung stellt?

43. Abgeordneter **Dr. Gölter**

Falls diese Pressemeldungen zutreffen, durch welche Motive ist die Bundesregierung zu dieser Entscheidung veranlaßt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

44. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)**

Hält die Bundesregierung die laut Süddeutscher Zeitung vom 11. April 1972 geäußerte Meinung des Oberchemiedirektors Coduro für zutreffend, daß der Fischbestand in der oberen Donau auf Grund seines hohen Quecksilbergehalts für den Menschen gesundheitsschädlich sei?

45. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)**

Nach welchen Methoden und Kriterien kann eine Gesundheitsgefährdung festgestellt werden?

46. Abgeordneter **Seefeld**

Kann die Bundesregierung den Zeitpunkt mitteilen, wann das seit Jahren in Arbeit befindliche Gesetz über ein Berufsbild für den Rettungssanitäter dem Deutschen Bundestag vorliegen wird?

47. Abgeordneter **Wolf**

Trifft es zu, daß unter Umgehung von Gesetzen bzw. auf Grund des Fehlens entsprechender Regelungen bei der Mast von Schlachtvieh aus rein kommerziellen Gründen zunehmend Hormone und Antibiotika verwendet werden, deren im Schlachtfleisch verbleibenden Rückstände eine erhebliche Gesundheitsgefährdung darstellen?

48. Abgeordneter **Wolf**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch verschärfte Kontrollen (Futterkontrollen, Untersuchung des Mastviehs, Fleischbeschau) dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

49. Abgeordnete **Frau von Bothmer**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung bei ihrer Absicht, die suchtfördernden Drogen AN 1 und Rasimon Neu bis Juni dieses Jahres der Rezeptpflicht zu unterstellen, auf Schwierigkeiten stößt, und daß die Hersteller dieser Drogen seit einiger Zeit die nahezu identischen Präparate Ton-O_2 und Vit-O_2 vertreiben, daß diese jedoch weiterhin frei verkäuflich bleiben sollen?

Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

50. Abgeordneter **Scheu**

Sind die Bemühungen der Bundesregierung auf Grund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages in der 146. Sitzung vom 22. Oktober 1971 (Drucksache VI/2681) und einer Anregung des Fragestellers in der 140. Sitzung am 13. Oktober 1971 inzwischen zu einem positiven Ergebnis gekommen, und ist vorgesehen, daß auch Beschädigte, die Opfer eines Dienstunfalls als Angehörige der Bundeswehr — es geht meines Wissens um etwa 200 Personen — sind, dieselben Vergünstigungen bei Fahrten z. B. mit der Deutschen Bundesbahn erhalten, die Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten seit langem zugesprochen worden sind?

51. Abgeordneter **Scheu**

Bis zu welchem Termin kann mit der Einführung dieser an sich selbstverständlichen Vergünstigung auch für entsprechende Angehörige der Bundeswehr gerechnet werden?

52. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)**

Aus welchen Gründen verwenden die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost auch heute noch bei Schreiben an namentlich nicht aufgeführte Personenmehrheiten trotz der durch den Bundesinnenminister am 11. März 1971 in der Fragestunde (107. Plenarsitzung) gegebene Zusage nicht die Anrede „Sehr geehrte Damen und Herren!"?

53. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten bei den beiden Betriebsverwaltungen darauf hinzuwirken, daß dort auch bei der Briefanrede die gleichberechtigte Mitarbeit von Millionen Frauen gewürdigt wird?

54. Abgeordneter **Dasch**

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Autobahn München—Passau auf der Strecke München—Mühldorf bereits bis zum Jahre 1980 fertiggestellt ist, und wann beginnen die konkreten Bauplanungen und Ausbaumaßnahmen?

55. Abgeordneter **Dr. Ritz**

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die 5 t-Klasse im Eisenbahngüterverkehr zu streichen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Maßnahme im Hinblick auf die damit verbundene Frachterhöhung für Landmaschinen?

56. Abgeordneter **Röhner**

Welche Maßnahmen wurden getroffen bzw. sollen eingeleitet werden, um Kinder bereits im vorschulischen Alter mit den Gefahren des Schulwegs vertraut zu machen, und wird in diesem Zusammenhang an besondere Aktionen in allen Kindergärten und Vorschulklassen gedacht?

57. Abgeordneter **Röhner**

Inwieweit ist sichergestellt, daß alle Schulen und Gemeinden Kenntnis von den ständig steigenden Unfällen im Zusamenhang mit der Benutzung von Schulbussen erhalten und über wirkungsvolle Schutzmaßnahmen wie z. B. der Verlegung der Schulbus-Haltestellen in die Schulhöfe aufgeklärt werden?

58. Abgeordneter **Dr. Evers**

Ist die Bundesregierung bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Krankenwagen bezüglich ihrer Rechtsstellung bei Ausübung des Wegerechts den Fahrzeugen von Polizei, Bundeswehr und Feuerwehr gleichgestellt werden, d. h., bei Inanspruchnahme des Wegerechts so behandelt werden, als ob sie zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben tätig werden und sich dabei nicht nur auf den § 12 des Ordnungswidrigkeitengesetzes abstützen müssen, was erfahrungsgemäß dazu führt, daß die Lebensrettung Schwerverletzter nicht mit gleicher Vordringlichkeit sichergestellt werden kann, wie die Durchführung der Aufgaben von Polizei, Bundeswehr und Feuerwehr?

59. Abgeordneter **Dr. Jobst**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich die schwierige Wettbewerbssituation der Betriebe in den revierfernen Gebieten durch die Erhöhung der Gütertarife, insbesondere bei einer Abschwächung der Entfernungsdegression beim Gütertarif, weiter verschlechtert, und daß deshalb als Ausgleich die Mittel für die Frachthilfe erhöht werden müssen?

60. Abgeordneter **Josten**

Ist die Bundesregierung bereit, Fährbetriebe am Mittelrhein, welche die einzige Verkehrsverbindung zwischen der B 9 und der B 42 darstellen, durch Subventionen zu unterstützen, damit im Interesse des Wirtschafts-, Berufs- und Fremdenverkehrs auch in den Abend- und Nachtstunden noch Übersetzmöglichkeiten gegeben sind?

61. Abgeordneter **Josten**

Wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Strukturpolitik dieses Problem mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz im Interesse der Bevölkerung am Mittelrhein erörtern, zumal zwischen Koblenz und Mainz keine Rheinbrücke vorhanden ist?

62. Abgeordneter **Dr. Luda**

Hält es die Bundesregierung angesichts des Defizits der Deutschen Bundespost von 1,2 Milliarden DM per Ende 1970 für vertretbar, daß die Zinssätze im Postsparkassendienst erst zum 1. April 1972 gesenkt werden, obwohl die übrige Kreditwirtschaft ganz überwiegend diese Herabsetzung entsprechend der Marktsituation bereits am 1. März 1972 vornahm, und daß die Zinssätze für längerfristige Spareinlagen des Postsparkassendienstes generell um $^1/_2$% höher liegen als die im Kreditgewerbe üblicherweise und überwiegend vergüteten Sätze?

63. Abgeordneter **Dr. Luda**

Sieht die Bundesregierung hier Einsparungsmöglichkeiten, die im Interesse des Steuerzahlers genutzt werden sollten?

64. Abgeordneter **Dr. Evers**

Ist der Bundesregierung im Gegensatz zur schriftlichen Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Börner vom 12. Mai 1971 auf meine diesbezügliche schriftliche Frage inzwischen bekannt geworden, daß die vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen herausgegebene Zeitschrift „telepost" Ausführungen darüber enthält, daß ab 1975 bei dem sogenannten elektronischen Telefon der abschaltbare Wecker Wirklichkeit werden soll, und ist die Bundesregierung bereit, die mir im Mai 1971 erteilte schriftliche Antwort insoweit zu berichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

65. Abgeordneter **Bäuerle**

War die Bundesregierung bis jetzt mit dem Bau eines Atomkraftwerks im Raum Dettingen/Groß-Welzheim an der bayerisch/hessischen Landesgrenze durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) befaßt?

66. Abgeordneter **Bäuerle**

Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, wegen der grundsätzlichen Bedeutung — Ballung mehrerer Kraftwerke in diesem Raum, die Größe des neuen Kraftwerks, die Tatsache, daß das Gebiet in der Einflugschneise des Frankfurter Flughafens liegt bzw. der Main an der dortigen Stelle ein fast totes Gewässer ist — ein von kommerziellen und lokalpolitischen Gesichtspunkten unabhängiges Gutachten einzuholen?

67. Abgeordneter **Dr. Ahrens**

Wie stellt sich die Bundesregierung zu Untersuchungsergebnissen, nach denen die ganzheitlichen Methoden beim Erstlese- und -schreibunterricht die Entstehung legasthenischer Störung fördern?

68. Abgeordneter **Dr. Hubrig**

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bei der Vergabe des Forschungsauftrags „Informationsaustausch im Zusammenhang öffentlich geförderter Forschung und Entwicklung" an das Institut für Kommunikationsplanung in Bonn darauf bestanden hat, daß der Forschungsauftrag in Zusammenarbeit mit der Firma Infratest München abzuwickeln ist?

69. Abgeordneter **Dr. Hubrig**

Aus welchen Gründen ist es nicht möglich, daß der vom ehemaligen Bundeswissenschaftsminister Leussink für das Frühjahr 1972 angekündigte Forschungskatalog bis heute noch nicht vorgelegt wurde?

70. Abgeordneter **Lenzer**

Hält die Bundesregierung das gegenwärtige atomrechtliche Genehmigungsverfahren für sicherheitstechnisch ausreichend, überschaubar und ökonomisch sinnvoll?

71. Abgeordneter **Lenzer**

Welche Änderungen des Verfahrens sind seitens der Bundesregierung für die Zukunft geplant?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

72. Abgeordneter **Dr. Wagner (Trier)**

Hält die Bundesregierung auch jetzt noch, nachdem sie erneut durch aufwendige Anzeigenserien des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers ihre Meinung zu den Ostverträgen bekannt gemacht hat, an der mir mitgeteilten Auffassung fest, die Zustellung der Originaltexte der Verträge an alle Bürger sei nicht erforderlich und auch zu teuer?

73. Abgeordneter **Dr. Wagner (Trier)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sie der Information und Meinungsbildung der Bürger besser gedient hätte, wenn sie anstelle bereits vorher bekannter Argumente und Appelle des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers den Originaltext der Verträge in allen deutschen Zeitungen publiziert hätte bzw. jetzt noch publizieren würde?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

74. Abgeordneter **Bremer**

Aus welchen Gründen hat Bundesminister Walter Scheel den FDP-Abgeordneten des hamburgischen Bezirksparlaments Wandsbek, Guido Klasen, zum „Beauftragten des Bundesministers des Äußeren" ernannt?

75. Abgeordneter **Bremer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der genannte hamburgische Bezirksabgeordnete unter Verwendung der Bezeichnung „Beauftragter des Bundesministers des Äußeren" bei Wirtschaftsunternehmen Geldmittel für die Freie Demokratische Partei einzuwerben sucht, und gelangt diese Methode auch in anderen Bundesländern zur Anwendung?

76. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von den Professoren Dr. Hubert Armbruster und Dr. Friedrich Klein im Auftrag der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland ein Rechtsgutachten erstattet worden ist, daß darauf aufmerksam macht, mit der Ratifizierung des Warschauer Vertrags übernehme die Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtliche Verpflichtung, den alsdann noch in den Oder/Neiße-Gebieten lebenden Deutschen die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, und will die Bundesregierung weiterhin erklären (vgl. Schriftliche Antwort im Stenographischen Bericht über die 179. Sitzung am 17. März 1972, Seite 10428), „die Staatsorgane der Bundesrepublik" seien nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags — unter Bruch einer dann bestehenden völkerrechtlichen Pflicht — „gehalten, den grundgesetzlich geschützten Rechten auch im internationalen Bereich Rechnung zu tragen"?

77. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Ist der Bundesregierung noch bekannt, daß der sowjetische Außenminister in den Verhandlungen mit dem Bundesminister des Auswärtigen am 29. Juli 1970 der Bundesregierung erklärt hat, daß die deutsche Position in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands „klar" sei, jedoch habe die sowjetische Regierung eine eigene Vorstellung, „wie die künftige deutsche Einheit beschaffen sein soll" (Bulletin vom 15. September 1971, Nummer 186, Seite 2017), d. h., daß nach sowjetischem Standpunkt die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Sinne der Verwirklichung einer leninistischen Rechts- und Gesellschaftsordnung anerkannt werden könne, und was gedenkt bei dieser deutsch-sowjetischen Feststellung, daß man sich nicht einig sei und ohne deutschen Verzicht nie einig sein werde, die Bundesregierung zu tun, um „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt" (Brief zur Deutschen Einheit, Jahresbericht der Bundesregierung 1970, Seite 36)?

78. Abgeordneter **Werner**

Hält die Bundesregierung im Verein mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung des Inhalts des sogenannten Schumanpapiers der Gemeinschaft zum arabisch-israelischen Konflikt es für ausreichend, es bei den in diesem Papier gemachten Deklamationen zu belassen, ohne mit einer aktiven Politik dem Inhalt dieses Papiers Nachdruck zu verleihen?

79. Abgeordneter **Werner**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß andere Mächte etwas konstruktiveres tun, um zu einer Lösung dieses Konflikts beizutragen, und falls das so ist, meint die Bundesregierung nicht, daß die Gemeinschaft als Anrainer des Mittelmeers und auch aus einer Anzahl anderer Gründe Veranlassung und Motive genug hätte, auch mit einer aktiveren Politik zur Befriedigung des östlichen Mittelmeerraums beizutragen?

80. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Kann die Bundesregierung bestätigen — oder will sie weiterhin bestreiten —, daß sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in anderen parlamentarisch regierten Staaten die jeweilige Opposition gerade bei besonders wichtigen diplomatischen Verhandlungen in vollem Umfang nicht nur über die Ergebnisse sondern auch über den Verhandlungsverlauf genauestens informiert wurde, und daß sogar die Beteiligung eines Vertreters der Opposition an allen Verhandlungen, durchaus nicht nur als Beobachter, wie das auch die derzeitige Bundesregierung für die Verhandlungen in Moskau und Warschau der derzeitigen Opposition angeboten hatte, sondern als Mitglied der Regierungsdelegation, das auch unmittelbar in die entscheidenden Verhandlungen ein-

greifen kann, durchaus möglich ist, und u. a. von der Bundesregierung Adenauer bei den Verhandlungen im September 1955 in Moskau erfolgreich praktiziert wurde?

81. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Teilt oder bestreitet die Bundesregierung die Behauptung: „Ein Gewaltverzichtsvertrag ist ein anderes Wort für Grenzvertrag"?

82. Abgeordneter **Anbuhl**

Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß die in einem Flugblatt des Landesverbands der vertriebenen Deutschen-Vereinigte Landesmannschaften Schleswig-Holstein vorgenommene Darstellung der befreundeten Staaten Frankreich und Italien als „kommunistisch unterwandert" eine Belastung unseres Verhältnisses zu diesen Nationen bedeuten kann, und gedenkt die Bundesregierung daraufhin etwas zu veranlassen?

83. Abgeordneter **Dr. Warnke**

Entspricht es den Tatsachen, daß ein wegen Vorbereitung eines Bombenanschlags verurteilter haftverschonter Grieche unter Mitwirkung des deutschen Botschafters durch ein Bundeswehrflugzeug in die Bundesrepublik Deutschland ausgeflogen wurde?

84. Abgeordneter **Dr. Warnke**

Hält die Bundesregierung dieses Vorgehen für vereinbar mit dem Völkerrecht, und ist sie gegebenenfalls bereit, in ähnlicher Weise in kommunistischen Ländern wegen politischer Delikte verurteilten Deutschen zu helfen?

85. Abgeordneter **Engelsberger**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des vormaligen Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Helmut Allardt, in seinem Interview mit dem „Handelsblatt", „es bleibt abzuwarten, ob der Vertrag nach seiner Ratifizierung auch von der anderen Seite so ausgelegt wird, wie wir es sehen", und ist nach der von Allardt berichteten Auslegung des Moskauer Vertrags nicht nur den verantwortlichen Politikern, sondern auch der Publizität untersagt, die im sowjetischen Sinn „völlig illusionäre Wiedervereinigung", d. h. die Wiedervereinigung in Freiheit, zu fordern?

86. Abgeordneter **Engelsberger**

Treffen die Ausführungen von Staatssekretär Bahr in den Auszügen zu den Verhandlungsprotokollen des deutsch-sowjetischen Vertrags zu, „ein Gewaltverzichtsvertrag ist ein anderes Wort für Grenzvertrag", der nach Artikel 79 des Grundgesetzes eine Zweidrittelmehrheit erforderlich machen würde, und ist die Bundesregierung bereit, die Ratifizierung der Verträge bis zur endgültigen Klärung der strittigen Rechtslage zurückzustellen?

87. Abgeordneter **Höcherl**

Wie begründet die Bundesregierung die sachliche Notwendigkeit, besonders in den letzten Tagen in einer Serie von Zeitungsgroßanzeigen zur Ostpolitik Stellung zu nehmen, ohne daß über die bisher schon bekannten Argumente hinaus neue Informationen gegeben wurden?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Luda**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der im März dieses Jahres im Bundespresseamt in der Inlandsabteilung zum Leiter des Referats III a 1 „Grundsatzfragen, Inneres, Justiz" bestellte Gert von Paczensky identisch ist mit dem in der Zeitschrift „Spontan" — einer Zeitschrift, deren März-Heft auf allen vier Umschlagseiten weibliche Nacktaufnahmen, im Innern ähnliche Darstellungen und eine pornographische Sex-Story enthält — im Impressum als ständiger Mitarbeiter aufgeführte Gert von Paczensky, oder kann die Bundesregierung diese Personenidentität dementieren?

2. Abgeordneter **Dr. Luda**

Falls die Bundesregierung die Personengleichheit bejahen muß, frage ich sie, ob ihr die Tätigkeit des Herrn Gert von Paczensky bei der Zeitschrift „Spontan" vor seiner Einstellung als Referatsleiter im Bundespresseamt bekannt war?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den kulturellen Austausch zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland durch die Erhaltung des Stadttheaters in Flensburg zu fördern?

4. Abgeordneter **Engelsberger**

Trifft es zu, daß Bundesaußenminister Scheel bei den Verhandlungen in Moskau geäußert hat, „es gibt Juristen, die der Ansicht sind, daß der jetzige Vertrag nach den Leitsätzen die $^2/_3$-Mehrheit brauche" und „unsere nichtsinnverändernden Vorschläge umgehen diese Komplikationen", und ist bejahendenfalls damit nicht bewiesen, daß der Vertragstext in diesem Wortlaut gewählt worden ist, um die Verfassung zu durchbrechen und somit Volk und Volksvertretung zu täuschen?

5. Abgeordneter **Engelsberger**

Trifft es zu, daß Staatssekretär Bahr bei den Verhandlungen zum Moskauer Vertrag die Meinung vertreten hat, daß die „Grenze zwischen dem einen wie dem anderen Teil Berlins politisch ebenso unantastbar ist wie die Grenze zwischen der UdSSR und Finnland und die

Grenze zwischen der CSSR und der BRD ebenso unantastbar ist wie die Grenze zwischen der BRD und der DDR", und muß aus diesen Äußerungen nicht der Schluß gezogen werden, daß die Bundesregierung auf den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes für immer verzichtet und entgegen den Bestimmungen im Grundgesetz West-Berlin nicht mehr als Teil der Bundesrepublik Deutschland betrachtet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)**

Wie erklärt sich die Bundesregierung im einzelnen, daß sich nach den mir vorliegenden Unterlagen die Versorgungsausgaben für die Versorgungs- und Unterstützungsempfänger des Bundes nach dem G 131 seit 1969 um etwa 22% erhöht haben, obwohl die Zahl der Versorgungsempfänger mit etwa 2,5% bis 3% jährlich rückläufig sein muß?

7. Abgeordneter **Wuwer**

Wie stellt sich die Bundesregierung zu Meldungen, denen zufolge die Wirtschaftsspionage für den Osten trotz aller entgegengerichteten deutschen Bemühungen weiter gestiegen ist, und welche Maßnahmen will sie zur Aufklärung und Abwehr von Spionagetechniken ergreifen?

8. Abgeordneter **Dr. Gölter**

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die besoldungsmäßige Schlechterstellung der Finanzrichter im Vergleich zu den Richtern der übrigen Gerichtssparten zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

9. Abgeordneter **Dichgans**

Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der türkischen Regierung darüber einzutreten, daß die nach türkischem Recht auf der Basis der Gegenseitigkeit mögliche Strafvollstreckung im Heimatland des Täters auch für Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland zulässig wird, die von türkischen Gerichten verurteilt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

10. Abgeordneter **Dasch**

Ist die Bundesregierung bereit, in den Ofenhäusern 1 und 2 des Aluminiumwerks Töging der VAW neue Investitionen anzuregen, um die langfristige Wirtschaftlichkeit des Werks sicherzustellen?

11. Abgeordneter **Wuwer**

Hält die Bundesregierung in Übereinstimmung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen für besonders bedroht, weil z. B. die vorgesehene Erhöhung der Einheitswerte des Grundvermögens bei den Unternehmen zu einer Erhöhung der Vermögensteuerlast um 40% bis 70% führen?

12. Abgeordneter **Dr. Evers**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die im § 7 der Durchführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz für Zigarren gültigen Stückgewichtsgrenzen aus steuerlichen Gründen zu streichen, obwohl bei der kürzlich verabschiedeten Tabaksteuererhöhung diesen Stückgewichtsgrenzen seitens der Bundesregierung noch steuerliche Funktionen beigemessen wurden und seitens der Bundesregierung nicht zu erkennen gegeben worden ist, daß die Abschaffung der Stückgewichtsgrenzen beabsichtigt wird?

13. Abgeordneter **Dr. Evers**

Hat die Bundesregierung bei ihren offenbar mit großer Eile betriebenen Vorbereitungen berücksichtigt, daß sich die Abschaffung der Stückgewichtsgrenzen vor allem gegen die kleinen und mittleren Betriebe der Zigarrenindustrie richten würde und zu einer durch steuerliche Maßnahmen bedingten Beeinflussung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur in kleineren Gemeinden des süddeutschen Raums führen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

14. Abgeordneter **Picard**

Worauf ist es nach Auffassung der Bundesregierung zurückzuführen, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Angebot an Lammfleisch die steigende Nachfrage auch nicht annähernd befriedigen kann?

15. Abgeordneter **Picard**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um ein ausreichendes Angebot an Lammfleisch zu ermöglichen, z. B. Beseitigung bestehender rechtlicher, den Import hemmender Bestimmungen, was nicht nur den Lammfleisch exportierenden Ländern, wie Irland, Australien und Neuseeland entgegenkäme, sondern auch dem deutschen Fleischkonsumenten, der bisher mangels Angebot bei einem durchschnittlichen Fleischkonsum pro Kopf und Jahr von 70 kg nur 200 g Schaf- und Lammfleisch verzehren kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

16. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Wann ist damit zu rechnen, daß die im Rahmen der Beratungen des Betriebsverfassungsgesetzes und im Ausschußbericht des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung angesprochene Überprüfung der Möglichkeiten einer Festlegung von Gebühren für die Vorsitzenden der Einigungsstellen abgeschlossen ist?

17. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, nach Abschluß dieser Überprüfungen durch Rechtsverordnung oder auf anderem Wege eine entsprechende Gebührenordnung vorzulegen?

18. Abgeordneter **Dichgans**

Ist die Bundesregierung bereit, die Erteilung weiterer Arbeitserlaubnisse für türkische Gastarbeiter davon abhängig zu machen, daß eine angemessene Zahl deutscher Führungskräfte türkischer Unternehmungen, an denen Deutsche beteiligt sind, sowie eine angemessene Zahl deutscher Lehrkräfte eine Arbeitserlaubnis in der Türkei erhalten?

19. Abgeordneter **Härzschel**

Hält es die Bundesregierung für statthaft und im Interesse der Information der Versicherten für erforderlich, daß die Postüberweisungen, mit denen die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner für die Jahre 1968/1969 gemäß Beschluß des Bundesgesetzgebers zurückgezahlt werden, mit der Unterschrift „W. Arendt, Bundesarbeitsminister" versehen sind?

20. Abgeordneter **Härzschel**

Wird bei anderen Geldleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ebenfalls eine vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung unterzeichnete Mitteilung beigefügt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

21. Abgeordneter **Peiter**

Wie ist der Stand der Überlegungen hinsichtlich der Rückverlegung des Kreiswehrersatzamts Montabaur von Neuwied nach Montabaur?

22. Abgeordneter **Pieroth**

Wie hoch war im Jahr 1971 die Zahl der Befreiungsrückstellungs- und Unabkömmlichkeitsanträge vom Wehrdienst, und wie teilen sie sich auf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

23. Abgeordneter **Hussing**

Treffen Meldungen zu, wonach beabsichtigt ist, für das Jahr 1972 dem Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte e. V., Düsseldorf, Kölner Landstraße 375, den Bundeszuschuß zu den Geschäftsführungskosten durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zu streichen?

Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

24. Abgeordneter **Dr. Beermann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Brücken über Flüsse an der innerdeutschen Grenze, die im Kreis Herzogtum-Lauenburg am östlichen Ufer der Wakenitz verläuft, instandgehalten werden sollen, damit sie im Falle einer nach Ratifizierung der Verträge vielleicht erfolgenden Öffnung der Grenzübergänge zur DDR jederzeit benutzt werden können?

25. Abgeordneter **Dr. Beermann**

Ist die Bundesregierung bereit, die Kosten für Ausbesserung und Unterhalt derartiger Brükken wenigstens dann ganz oder teilweise zu übernehmen, wenn die unterhaltspflichtige Gemeinde hierzu aus eigenen Mitteln nicht imstande ist, wie es bei der im Kreis Herzogtum-Lauenburg gelegenen Gemeinde Groß-Sarau der Fall ist, die — zur Instandsetzung der baufälligen Grenzbrücke über die Wakenitz bei Nädlers Horst verpflichtet — die hierzu nötigen Mittel nicht aufbringen kann, so daß sie erwägt, die Brücke ganz abreißen zu lassen, um zu vermeiden, daß gegen sie Regreßansprüche von Wassersportlern erhoben werden, falls diese durch herabfallende Brükkenteile zu Schaden gekommen sind?

26. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Ist das Bundesverkehrsministerium grundsätzlich bereit, auf dem Sektor der gebotenen Rationalisierungsplanungen bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost die Leitungen dieser Institutionen zu einem Mindestmaß an Koordinierung von Einzelmaßnahmen in den davon betroffenen Regionen anzuregen und damit dem Eindruck entgegenzuwirken, daß ein Einsparungseffekt zwar äußerlich durch die Tatsache der Auflösung bisheriger Betriebs- bzw. Amtsniederlassungen behauptet werden kann, während in Wirklichkeit jedoch der Schein-„Erfolg" nur in einer Verlagerung bisheriger Stellen von den Mittelzentren in Großstädten typischer Ballungsgebiete zu verzeichnen ist?

27. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Ist das Bundesverkehrsministerium in Würdigung dieser Überlegungen bereit, seinen Einfluß konkret im Fall des Regionalzentrums Würzburg in der Richtung zum Tragen zu bringen, daß scheinbare „Rationalisierungs- und Einsparungs"-Effekte auf dem Weg der Auflösung eines Bahnpostamts durch Versetzung seines Personals in echte Ballungszentren wie z. B. Hannover und Hamburg und der Aushöhlung eines Bahnbetriebswerk durch Verlagerung des modernen Maschinenparks in das Oberzentrum Nürnberg — unter Auszehrung des natürlichen Verkehrsknotenpunkts und der Regionalfunktion des Mittelzentrums Würzburg — vermieden werden und statt dessen — hier wie allgemein — einer sinnvollen Dekonzentrationspolitik in der Raumordnung zugearbeitet wird?

28. Abgeordneter **Fellermaier**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß fabrikneue ausländische Kraftfahrzeuge, die von den gewerblichen freien Importeuren oder unmittelbar von Verbrauchern in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, von den Technischen Überwachungsvereinen in den Bundesländern völlig unterschiedlich entweder durch eine Sonderprüfung für die Erteilung der Allgemeinen Betriebserlaubnis (ABE) oder lediglich nach dem § 21 der StVZO zugelassen werden?

29. Abgeordneter **Fellermaier**

Ist die Bundesregierung vor allem aus Gründen der Verkehrssicherheit wie auch unter dem Gesichtspunkt der strikten Einhaltung der Abgasbestimmungen zum Erlaß einer Rechtsverordnung bereit, in der die Zulassungsbedingungen für solche Importfahrzeuge vereinheitlicht werden?

30. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, im Bereich des Verwaltungsbezirks Braunschweig, der durch rückläufige Konjunktur bedeutende Betriebsstillegungen zu verzeichnen hat, die infrastrukturellen Maßnahmen besonders zu fördern,

u. a. die Bevorzugung des Straßenbaus, wie sie in § 4 des Zonenrandförderungsgesetzes gesetzlich fixiert ist, und wenn ja, welche Straßenbauten würden bevorzugt in Angriff genommen werden?

31. Abgeordneter **Leicht**

Was sagt die Bundesregierung zu dem „genialen Einfall" der Deutschen Bundesbahn (so „die Rheinpfalz" vom 18. April 1972), möglichst viele Toilettenanlagen auf Bahnhöfen zu schließen mit der Begründung, auch die anderen Verkehrsbetriebe unterhielten derartige Anlagen nicht?

32. Abgeordneter **Peiter**

Ist das Bundesverkehrsministerium bereit, die mir im August 1970 in Aussicht gestellte Änderung der Dringlichkeitsstufe für die Westerwald-Autobahn jetzt in Erwägung zu ziehen?

33. Abgeordneter **Weigl**

Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die prekäre Beschäftigungslage der beiden Baufirmen Karl Bergauer und Franz Kassekker, beide Waldsassen, Kreis Tirschenreuth, für die Vergabe des neuen Bauabschnitts der Westumgehung von Weiden eine erneute Ausschreibung mit einer Beschränkung auf Firmen aus dem Zonenrandgebiet vorzunehmen, da sonst mit umfangreichen Entlassungen bei den genannten Baufirmen gerechnet werden muß?

34. Abgeordneter **Wawrzik**

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend dem Verfahren, im weiteren Umkreis von Heidelberg auf den in beiden Richtungen einen Kilometer vor der Abfahrt nach Schriesheim und Ladenburg angebrachten Ankündigungstafeln, es handelt sich um die A 81, den Ortsnamen Schriesheim zusätzlich anzubringen und damit dem Wunsch der Gemeinde und seiner Einwohner entsprechend der Bedeutung als Fremdenverkehrszentrum und Weinanbaugebiet Rechnung zu tragen?

35. Abgeordneter **Lenzer**

Kann die Bundesregierung gewährleisten, daß im Rahmen der ab Sommerfahrplan 1972 vorgesehenen Erweiterungen des Intercity-(IC)-Netzes durch die beiden Linien Emden—Münster—Hagen—Frankfurt/Main sowie Köln—Siegen—Gießen—Kassel am Bahnhof Dillenburg Halte für alle in das IC-Erweiterungsnetz eingeplanten Züge der Ruhr-Sieg-Strecke eingerichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

36. Abgeordneter **Dasch**

Ist die Bundesregierung bereit, der Stadt Burghausen (Kreis Altötting, Bayern) zur Weiterführung ihres Altstadtsanierungsvorhabens die zugesagten 1,4 Millionen DM Bundesmittel als Zuschüsse zu den Bauvorhaben und nicht nur als Förderungsmittel zu den Planungskosten zu bewilligen?

37. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob, wie es das Zonenrandförderungsgesetz vorsieht, tatsächlich für den Wohnungsausbau im Verwaltungsbereich Braunschweig 30 Prozent erhöhte Förderungsbeträge aufgewandt wurden, und wenn nein, was war die Ursache, daß die gesetzliche Regelung nicht erfüllt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

38. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die St. Petri-Schule in Kopenhagen, die als Begegnungsschule Bedeutung hat, durch Entsendung qualifizierter Lehrkräfte in stärkerem Maße zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

39. Abgeordneter **Niegel**

Verwaltet die „Garching Instrumente" der Max-Planck-Gesellschaft sämtliche Patente der Max-Planck-Gesellschaft oder nur einzelne Institute?

40. Abgeordneter **Niegel**

Wieviel Patente werden z. Z. von der „Garching Instrumente" verwaltet, und wie werden die Einnahmen verteilt?

41. Abgeordnete **Frau Dr. Walz**

Ist die Bundesregierung mit ihrer Antwort auf meine Frage (Drucksache VI/3243, B. 49, Stenographischer Bericht über die 179. Sitzung am 17. März 1972, Seite 10443), daß die Abnahme der Steigerungsraten der Ausgaben des Bundes für den Hochschulbau durch die Deckung

des Nachholbedarfs ab 1975 bzw. den daran eintretenden bedarfsgerechten Hochschulbau zu rechtfertigen sei, von ihrer Zielvorstellung einer Studentenzahl von 1,1 Millionen abgekommen, oder hält sie den Stand der Bedarfsforschung im Hochschulbereich in der Weise für ausreichend, daß sie deren Ergebnisse offenbar bereits zum heutigen Zeitpunkt zur Grundlage von derart ausgabewirksamen Finanzperspektiven macht?

42. Abgeordneter **Dr. Hubrig**

Wann gedenkt die Bundesregierung, den schon seit längerer Zeit vorliegenden Entwurf eines zweiten Meeresforschungsprogramms dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen?

43. Abgeordneter **Dr. Probst**

Trifft es zu, daß Professor C. C. von Weizsäcker (Heidelberg) für seine wissenschaftliche Nebentätigkeit für die Heidelberger Studiengruppe für Systemforschung ein Honorar von 12 000 DM erhält, und wenn ja, hält die Bundesregierung dieses Honorar für angemessen?

44. Abgeordneter **Dr. Probst**

Welche Forschungsinstitute, Forschungszentren und sonstige Forschungseinrichtungen beschäftigen sich z. Z. in Deutschland mit der Krebsforschung, und wie gedenkt die Bundesregierung die Krebsforschung in Deutschland zu koordinieren?

Bonn, den 21. April 1972